



---

AGGLOMERATION DE FRIBOURG  
AGGLOMERATION FREIBURG

Nr. 9

Botschaft des Agglomerationsvorstands  
zuhanden des Agglomerationsrats

**Botschaft betreffend eine Investitionsanleihe  
für das Agglomerationsprogramm der  
2. Generation und den Richtplan der  
Agglomeration**

Sitzung des Agglomerationsrats vom 26. April 2012

## **Inhaltsverzeichnis**

I. Allgemeines .....	1
II. Kosten aus der Abkoppelung AP2-RPA .....	2
III. Abschluss des RPA.....	3
IV. Kreditgesuch.....	4
IV. Antrag .....	5

### **Beilagen:**

- Beilage 1: Beschlussentwurf für die Investitionsausgabe unter der Rubrik 650.509.03;
- Beilage 2: Beschlussentwurf für die Investitionsausgabe unter der Rubrik 790.509.03;
- Beilage 3: Genehmigungsbeschluss des Staatsrats vom 19. März 2012.

(vom 5. April 2012)

## **9 - 2011-2016 : Botschaft betreffend eine Investitionsanleihe für das Agglomerationsprogramm der 2. Generation und den Richtplan der Agglomeration**

*Der Agglomerationsvorstand weist darauf hin, dass das Agglomerationsprogramm der 2. Generation (nachstehend AP2), das am 29. Dezember 2011 beim Bundesamt für Raumentwicklung eingereicht und vom Agglomerationsrat am 26. Januar 2012 angenommen wurde, während seiner Ausarbeitung im Jahre 2011 an die Forderungen der Bundesbehörden in Bezug auf die Agglomerationsprogramme und an die Forderungen des Kantons im Bereich des regionalen Richtplans angepasst werden musste.*

*Um einerseits die mit dem AP2 zusammenhängende Kreditüberschreitung auszugleichen und andererseits den Richtplan der Agglomeration (RPA) abzuschliessen, beantragt der Agglomerationsvorstand dem Agglomerationsrat einer Investitionsanleihe zuzustimmen.*

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Agglomerationsrats

### **I. Allgemeines**

In Übereinstimmung mit dem Beschluss des Agglomerationsrats hat der Agglomerationsvorstand im Herbst 2009 mit der Revision des Richtplans der Agglomeration begonnen. Der Vorstand hat damals zwei Revisionsverfahren diskutiert: das übliche Ausschreibungsverfahren und das Studienauftragsverfahren gemäss der SIA-Norm 143. Auf Empfehlung der Kommission für regionale Raumplanung und Mobilität hat sich der Vorstand für die Wahl des Studienauftragsverfahrens (nachstehend StA) für die erste Revisionsphase des Richtplans entschieden. Diese Projektphase, die in der Zeit von März bis November 2010 durchgeführt wurde, führte zu einem Raumentwicklungsprojekt für die Agglomeration, das der Koordination der Siedlungsentwicklung, der Mobilität und der Landschaft in Übereinstimmung mit den Weisungen der Bundesbehörden für die Agglomerationsprogramme der 2. Generation Rechnung tragen konnte. Der Abschluss des StA wurde einerseits durch die Bezeichnung der aus dem Verfahren hervorgehenden Preisträgergruppe, d. h. der durch das Büro *Güller Güller architecte urbanism* geleitete interdisziplinäre Teilnehmergruppe, und andererseits durch die Erteilung des Auftrags für die Ausarbeitung des Agglomerationsprogramms der 2. Generation (AP2) an die genannte Teilnehmergruppe gekennzeichnet.

## II. Kosten aus der Abkoppelung AP2-RPA

Es sei daran erinnert, dass der Agglomerationsrat anlässlich seiner Sitzung vom 3. Mai 2011 einer Änderung der Artikel 16 und 21 der Statuten der Agglomeration zugestimmt hat, d. h. die Abkoppelung des Instruments des Agglomerationsprogramms vom Instrument des regionalen Richtplans<sup>1</sup> gutgeheissen hat. Dabei hat der Vorstand argumentiert, dass eine Abkoppelung dieser Instrumente es besser erlauben würde, sowohl die Anforderungen der Bundesgesetzgebung in Bezug auf die Agglomerationsprogramme als auch die vom Kanton festgelegten Anforderungen in Bezug auf den regionalen Richtplan zu erfüllen. Der Vorstand hat dabei vorgeschlagen, nach folgenden Planungsvorgaben zu arbeiten:

- 1) Geschäftsjahr 2011: Konsolidierung der Siedlungsentwicklungs-, Verkehrs- und Landschaftskonzepte im Rahmen des Agglomerationsprogramms mit der Gestaltung diesbezüglicher Massnahmenblätter, um das Agglomerationsprogramm den Bundesbehörden bis zum 31. Dezember 2011 zustellen zu können.
- 2) Geschäftsjahr 2012: Ausarbeitung der spezifischen Kapitel des RPA, um die Überweisung an den Kanton des Richtplans der Agglomeration entsprechend den kantonalen Normen abschliessen zu können.

Die Diskussionen zwischen dem Agglomerationsvorstand und dem Staatsrat haben es jedoch nicht erlaubt, aufgrund der Verweigerung durch den Kanton, die Abkopplung der beiden Planungsinstrumente auch tatsächlich umzusetzen. So musste der Agglomerationsvorstand im Verlaufe des Geschäftsjahres 2011 nicht nur das Agglomerationsprogramm entsprechend den Anforderungen des Bundes ausarbeiten, sondern gleichzeitig auch die im kantonalen RPBG vorgegebenen Anforderungen in Bezug auf das kantonale Verfahren berücksichtigen.

Die Berücksichtigung dieser Anforderungen hatte eine grosse zusätzliche Arbeitsbelastung und auch Mehrausgaben zur Folge. Bei der Unterscheidung der mit dem AP2 verbundenen Kosten und den Kosten in Bezug auf den Inhalt des RPA stellt der Vorstand letztendlich eine Überschreitung des Voranschlags in der Höhe von 225'492.60 CHF (siehe Abbildung 1) gegenüber dem für 2010-2011 beschlossenen Gesamtbetrags von 550'000.- CHF des Investitionsvoranschlags fest.

Der Vorstand begründet diese Überschreitung mit der oben angeführten zusätzlichen Arbeit und den von den Gemeinden zusätzlich verlangten Sitzungen sowie der notwendigen zusätzlichen Koordination mit dem Kanton. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass die vom Büro Güller Güller geleitete Teilnehmergruppe den Auftrag hatte, ein Agglomerationsprogramm und nicht einen regionalen Richtplan auszuarbeiten. Er verweist hier besonders auf die direkt mit dem kantonalen Richtplanverfahren verbundenen Kosten hin, das im Herbst 2011 durchgeführt wurde (öffentliche Informationssitzungen vom 2. und 3. November 2011, Veröffentlichung einer zweisprachigen Informationsbroschüre und Vernehmlassungsbericht des Agglomerationsvorstands). Das Dokument wurde so zweimal in einer hohen Auflage übersetzt und gedruckt, einmal für die öffentliche Vernehmlassung und einmal in Hinblick auf die Genehmigung durch den Agglomerationsrat.

---

<sup>1</sup> Siehe zu diesem Thema die Botschaft Nr. 23 des Agglomerationsvorstands vom 10. Februar 2011.

### Investitionsrechnung (Studienkosten)

	Mobilität	Raumplanung	TOTAL	
Budget 2010	200'000.00	200'000.00	<b>400'000.00</b>	
Budget 2011	75'000.00	75'000.00	<b>150'000.00</b>	
<b>TOTAL Budget</b>	<b>275'000.00</b>	<b>275'000.00</b>	<b>550'000.00</b>	
Nettoausgaben 2010	107'277.04	172'936.78	<b>280'213.82</b>	
			0.00	RPA
	107'277.04	172'936.79	<b>280'213.82</b>	AP2
Nettoausgaben 2011	246'371.70	329'375.06	<b>575'746.76</b>	
	5'400.00	75'068.00	<b>80'468.00</b>	RPA
	240'971.70	254'307.07	<b>495'278.77</b>	AP2
Nettoausgaben 2012	42'595.65	42'595.65	<b>85'191.30</b>	
	42'595.65	42'595.65	<b>85'191.30</b>	RPA
			0.00	AP2
Total Nettoausgaben	396'244.39	544'907.49	<b>941'151.88</b>	
	47'995.65	117'663.65	<b>165'659.30</b>	RPA
	348'248.74	427'243.86	<b>775'492.59</b>	AP2
<b>Saldo AP2/RPA (negativ, Überschreitung):</b>	<b>-121'244.39</b>	<b>-269'907.49</b>	<b>-391'151.88</b>	
<b>Saldo AP2 (negativ, Überschreitung):</b>	<b>-73'248.74</b>	<b>-152'243.84</b>	<b>-225'492.58</b>	AP2

Abbildung 1: Zusammenfassung der Kosten betreffend das AP2 und den RPA

In Anbetracht der angeführten Argumente verlangt der Vorstand vom Agglomerationsrat eine Investitionsanleihe von 225'492.- CHF, um das im Voranschlag entstandene Defizit auszugleichen. Dieser Betrag wird für den Teil der Mobilität der Rubrik 650.509.03 (73'248.- CHF) und für den Teil der Raumplanung der Rubrik 790.509.03 (152'243.- CHF) belastet.

### III. Abschluss des RPA

In Übereinstimmung mit den Anforderungen des Kantons muss das den Bundesbehörden zugestellte AP2 abschliessend in einen regionalen Richtplan oder RPA umgewandelt werden. Dieser Vorgang, der ursprünglich in einem vom AP2 getrennten Verfahren erfolgen sollte, kann heute aufgrund der den Bundesbehörden schon zugestellten Unterlagen realisiert werden (Hefte A, B und C). Um dies zu bewerkstelligen, müssen gewisse verbindliche Teile neu überarbeitet oder ergänzt werden, insbesondere im Bereich der Auswirkungen der

Richtplanung auf die Ortsplanung der Mitgliedgemeinden der Agglomeration<sup>2</sup>. Diese Arbeiten werden intern und in Koordination mit den kantonalen Amtsstellen durchgeführt. Der Vorstand besteht darauf hervorzuheben, dass für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 ein Betrag von 165'659.30 CHF (Abbildung 1) mehrheitlich schon für die Arbeiten des RPA ausgegeben worden ist. Dieser Betrag wird den Rubriken Mobilität 650.509.03 und Raumplanung 790.509.03 für Ausgaben in der Höhe von 47'995.- CHF beziehungsweise 117'663.- CHF belastet. Damit bleiben allein noch die Übersetzungs-, Druck- und Einbandkosten in der Höhe von 160'000.- CHF vorzusehen.

#### IV. Kreditgesuch

In Anbetracht der vorhergehenden Angaben und auf der Grundlage des Investitionsvoranschlags 2012 ersucht der Agglomerationsvorstand den Agglomerationsrat um Gewährung einer Investitionsanleihe in der Höhe von 550'000.- CHF für den Ausgleich des Defizits des AP2 und den Abschluss des RPA. Diese Investitionsanleihe verteilt sich wie folgt:

Investitionsvoranschlag Rubrik 650.509.03:	CHF	250'000.-
Investitionsvoranschlag Rubrik 790.509.03:	CHF	300'000.-

Der Vorstand beabsichtigt die Investitionsausgabe des AP2, Teil Mobilität, in der Höhe von 250'000.- CHF durch eine Bankanleihe zu finanzieren. Diese Anleihe muss gemäss dem gesetzlichen Ansatz von 15% abgeschrieben werden, was einem jährlichen Abschreibungsbetrag von 37'500.- CHF entspricht. Auf der Grundlage eines Zinsfusses von 2% beträgt die gesamte vorgesehene Zinslast eine Summe von 19'797.- CHF.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Einzelheiten der Schuldentilgung sowie die vorgesehene Zinsbelastung für die Dauer der Anleihe dar.

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Schuld (1. Januar)	---	250'000.00	212'500.00	175'000.00	137'500.00	100'000.00	62'500.00	25'000.00
Zinsen	2'500.00	4'719.00	3'969.00	3'219.00	2'469.00	1'719.00	969.00	234.00
Abschreibungen		37'500.00	37'500.00	37'500.00	37'500.00	37'500.00	37'500.00	25'000.00
Total der Ausgaben	2'500.00	42'219.00	41'469.00	40'719.00	39'969.00	39'219.00	38'469.00	25'234.00

Der Vorstand beabsichtigt die Investitionsausgabe, Teil Raumplanung, in der Höhe von 300'000.- CHF durch eine Bankanleihe zu finanzieren. Diese Anleihe muss gemäss dem gesetzlichen Ansatz von 15% abgeschrieben werden, was einem jährlichen Abschreibungsbetrag von 45'000.- CHF entspricht. Auf der Grundlage eines Zinsfusses von 2% beträgt die gesamte vorgesehene Zinslast eine Summe von 23'756.- CHF.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Einzelheiten der Schuldentilgung sowie die vorgesehene Zinsbelastung für die Dauer der Anleihe dar.

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Schuld (1. Januar)	---	300'000.00	255'000.00	210'000.00	165'000.00	120'000.00	75'000.00	30'000.00
Zinsen	3'000.00	5'663.00	4'763.00	3'863.00	2'963.00	2'063.00	1'163.00	281.00
Abschreibung		45'000.00	45'000.00	45'000.00	45'000.00	45'000.00	45'000.00	30'000.00
Total der Ausgaben	3'000.00	50'663.00	49'763.00	48'863.00	47'963.00	47'063.00	46'163.00	30'281.00

<sup>2</sup> Siehe den Genehmigungsbeschluss des Staatsrats vom 19. März 2012, welcher der vorliegenden Botschaft beigelegt wurde.

In Anbetracht der Natur der berücksichtigten Investitionen sind keine Betriebskosten zu erwarten.

## IV. Antrag

**Der Agglomerationsvorstand beantragt dem Agglomerationsrat eine Investitionsanleihe von insgesamt 550'000.- CHF anzunehmen, die über eine Bankanleihe finanziert wird, um das Defizit des AP2 auszugleichen und den RPA abzuschliessen, gemäss den beiliegenden Beschlusssentwürfen.**

-----

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES AGGLOMERATIONSVORSTANDS  
DER AGGLOMERATION FREIBURG

Der Präsident:



René Schneuwly

Die administrative Geschäftsleiterin:



Corinne Margalhan-Ferrat



**AGGLOMERATION DE FRIBOURG  
AGGLOMERATION FREIBURG**

**ENTWURF**

**DER AGGLOMERATIONSRAT DER AGGLOMERATION FREIBURG**

Gestützt auf:

- das Gesetz vom 19. September 1995 über die Agglomerationen;
- die Statuten der Agglomeration Freiburg vom 1. Juni 2008;
- das Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden und sein Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981;

In Erwägung:

- des Voranschlags 2012 der Agglomeration, der vom Agglomerationsrat am 13. Oktober 2011 angenommen wurde und des diesbezüglichen Beschlusses dieses Rats;
- der Botschaft Nr. 9 des Agglomerationsvorstands;
- der Stellungnahme der Finanzkommission;
- der Stellungnahme der Kommission für Raumplanung, Mobilität und Umwelt;

beschliesst:

**Erster Artikel**

<sup>1</sup> Der Agglomerationsvorstand ist ermächtigt, einen unter der Rubrik 650.509.03 des Investitionsvoranschlags 2012 verbuchten Betrag von 250'000.- CHF (zweihundertfünfzigtausend Franken) über eine Anleihe zu finanzieren.

<sup>2</sup> Diese Investition wird gemäss den geltenden gesetzlichen Vorschriften beschrieben.

Freiburg, den 26. April 2012

**IM NAMEN DES AGGLOMERATIONSRATS  
DER  
AGGLOMERATION FREIBURG**

Der Präsident :

Die Generalsekretärin :

Jean-Daniel Wicht

Corinne Margalhan-Ferrat





**AGGLOMERATION DE FRIBOURG  
AGGLOMERATION FREIBURG**

**ENTWURF**

**DER AGGLOMERATIONSRAT DER AGGLOMERATION FREIBURG**

Gestützt auf:

- das Gesetz vom 19. September 1995 über die Agglomerationen;
- die Statuten der Agglomeration Freiburg vom 1. Juni 2008;
- das Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden und sein Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981;

In Erwägung:

- des Kostenvoranschlags 2012 der Agglomeration, der vom Agglomerationsrat am 13. Oktober 2011 angenommen wurde und des diesbezüglichen Beschlusses dieses Rats;
- der Botschaft Nr. 9 des Agglomerationsvorstands;
- der Stellungnahme der Finanzkommission;
- der Stellungnahme der Kommission für Raumplanung, Mobilität und Umwelt;

beschliesst:

**Erster Artikel**

<sup>1</sup> Der Agglomerationsvorstand ist ermächtigt einen unter der Rubrik 790.509.03 des Investitionsvoranschlags 2012 verbuchten Betrag von 300'000.- CHF (dreihunderttausend Franken) über eine Anleihe zu finanzieren.

<sup>2</sup> Diese Investition wird gemäss den geltenden gesetzlichen Vorschriften abgeschrieben.

Freiburg, den 26. April 2012

**IM NAMEN DES AGGLOMERATIONSRATS  
DER  
AGGLOMERATION FREIBURG**

Der Präsident :

Die Generalsekretärin :

Jean-Daniel Wicht

Corinne Margalhan-Ferrat



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG


Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

*Fribourg, le 19 mars 2012*

Extrait du procès-verbal des séances

0184 Révision du Plan directeur de l'Agglomération de Fribourg.

*Approbation*

 <b>AGGLO</b> FRIBOURG - FREIBURG	
21 MAR. 2012	
PR	DAEM
DF	DP
CPTÉ	PC

Vu la loi fédérale du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire (LAT) ;

Vu la loi du 2 décembre 2008 sur l'aménagement du territoire et les constructions (LATeC) ;

Vu la loi du 19 septembre 1995 sur les agglomérations ;

Vu les Statuts de l'Agglomération de Fribourg du 1<sup>er</sup> juin 2008 ;

Vu le dossier ;

Considérant :

#### I. OBJET

L'Agglomération de Fribourg a établi un projet d'agglomération de 2<sup>ème</sup> génération en vertu de la politique fédérale des agglomérations. L'Agglomération de Fribourg a procédé à la révision de son plan directeur d'agglomération (PDA) en suivant la procédure définie dans le canton de Fribourg pour les plans directeurs régionaux. Cette démarche est conforme à la loi sur l'aménagement du territoire et les constructions (LATeC) entrée en vigueur au 1<sup>er</sup> janvier 2010, qui considère les projets d'agglomération comme des plans directeurs régionaux.

## II. COMPOSITION DU DOSSIER

Le dossier comprend :

- > la stratégie comprenant des parties liantes (textes et cartes) (fascicule A);
- > la mise en œuvre comprenant des parties liantes (textes) ainsi que les mesures proposées non-liantes (fascicule B);
- > les planches A3 comprenant les cartes et schémas, dont certaines sont liantes (fascicule C);
- > les éléments d'appréciation du PA2 Fribourg pour la Confédération (fascicule D).

## III. PROCEDURE

Le plan directeur a été mis en consultation publique par avis dans la FO n°41 et 42 (prolongation) du 14 octobre 2011 au 21 novembre 2011, conformément à l'art. 10 ReLATeC.

La mise en consultation publique a suscité plusieurs observations qui ont été traitées conformément à la loi.

Le plan directeur a été validé par le Comité d'agglomération de l'Agglomération de Fribourg le 21 décembre 2011 et transmis à la Confédération le 29 décembre 2011 en tant que projet d'agglomération de 2<sup>ème</sup> génération.

Le plan directeur a été adopté par le Conseil d'agglomération de l'Agglomération de Fribourg le 26 janvier 2012.

## IV. CONSULTATION DES SERVICES

Le dossier a été mis en consultation et les préavis ont été émis par les services et organes concernés suivants :

- > Direction de la santé et des affaires sociales
- > Office des affaires communales et de l'organisation du territoire du canton de Berne
- > Développement durable
- > Service de l'agriculture
- > Union fribourgeoise du tourisme
- > Gemeindeverband Region Sense
- > Promotion économique
- > Service des forêts et de la faune
- > Service archéologique de l'Etat de Fribourg
- > Service des biens culturels
- > Protection de la nature et du paysage
- > Service de l'environnement
- > Administration des finances
- > Service des communes
- > Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts
- > Service des constructions et de l'aménagement
- > Service de la mobilité

## V. CONDITIONS D'APPROBATION

Le plan directeur sera adapté jusqu'au 31 octobre 2012 afin:

- d'établir un rapport stratégique complémentaire comprenant textes et cartes liantes, objectifs, mise en œuvre et répartition des tâches et
- d'adapter le caractère liant des textes et cartes,

conformément au préavis de synthèse de la DAEC, points 1.1 et 1.2.

## VI. MISE EN OEUVRE

Pour assurer la mise en œuvre et le suivi du projet d'agglomération, un groupe de coordination réunissant les représentants du canton, des communes-membres et de l'agglomération doit être mis sur pied conformément au préavis de synthèse de la DAEC, point 3.

## VII. ELEMENTS A PRENDRE EN CONSIDERATION EN VUE DE LA PROCHAINE REVISION DU PLAN

Lors de la prochaine révision du plan, l'Agglomération devra y intégrer les éléments suivants:

1. Établir un état des lieux concernant le patrimoine culturel bâti, conformément au préavis du SBC.
2. Étudier l'opportunité de mieux définir le rôle des forêts sur le territoire de l'Agglomération de Fribourg et de l'intégrer dans le plan directeur d'agglomération, conformément au préavis du SFF.
3. Veiller à la mise en place de stratégies visant à éviter la destruction de vestiges, conformément au préavis du SAEF.

## VIII. MODIFICATIONS DU PLAN DIRECTEUR

Le plan directeur d'agglomération est mis à jour et complété avec les modifications demandées au considérant V jusqu'au **31 octobre 2012**. Les conditions fixées au considérant VII devront être intégrées dans la prochaine révision du plan.

Pour l'adoption du rapport stratégique complémentaire, la procédure décrite à l'art. 13, al. 2 ReLATEC sera suivie par analogie. Aucune consultation publique n'est nécessaire, mais les communes pourront prendre position à l'intention de l'Agglomération de Fribourg.

## IX. EFFETS DE L'APPROBATION

1. La présente approbation porte sur les textes encadrés et les cartes.
2. Toute modification d'une des parties liantes devra suivre la procédure prévue par la loi sur l'aménagement du territoire et les constructions (LATEC) pour le plan directeur régional.

3. Le plan directeur doit intégralement être réexaminé tous les dix ans ou lorsque les circonstances se sont notablement modifiées.
4. Dès son approbation, le plan directeur de l'agglomération lie les autorités communales concernées et les autorités cantonales (art. 32 LATeC). Les dossiers de plan d'aménagement local des communes concernées seront examinés par l'administration cantonale sous l'angle de leur conformité au présent plan directeur de l'agglomération.
5. Les mesures projetées pour les périodes A (2015-2018) et B (2019-2022) ainsi que, le cas échéant, leur financement ne forment à ce stade qu'un plan d'intention. Le choix définitif des mesures, leur coût et sa répartition entre l'Etat, l'Agglomération et les communes seront précisés ultérieurement, en fonction des bases légales en vigueur et des disponibilités budgétaires.

#### **X. ASPECTS POUR LA CONFEDERATION**

1. Le plan directeur doit être réexaminé selon les échéances fixées par la Confédération.
2. Les remarques listées dans l'annexe du préavis de synthèse de la DAEC doivent être prises en considération dans le cadre de la mise en œuvre du projet d'agglomération.
3. La formulation des conditions et des remarques dans le cadre de l'examen du canton ne péjore pas l'efficacité du projet d'agglomération au sens des critères d'efficience de la Confédération. Elles permettent l'optimisation des instruments à disposition aux différents niveaux afin d'améliorer l'efficacité du projet d'agglomération.
4. La présente approbation du plan directeur a pour effet de valider sa transmission à la Confédération en tant que projet d'agglomération de 2<sup>ème</sup> génération.

#### **XI. DISTRIBUTION ET PUBLICATION**

Le complément au plan directeur régional sera transmis au Service de la mobilité, au Service des ponts et chaussées et au Service des constructions et de l'aménagement (pour ce dernier, en quatre exemplaires).

La présente décision d'approbation fait l'objet d'une publication par la DAEC dans la Feuille officielle dans un délai de 30 jours.

Sur la proposition de la Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions

**Arrête :**

**Art. 1**

Le plan directeur de l'Agglomération de Fribourg est approuvé avec les réserves et les modifications formulées au considérant V ci-avant.

**Art. 2**

Le plan directeur de l'Agglomération de Fribourg approuvé le 30 juin 2009 est abrogé.

**Art. 3**

La transmission du plan directeur de l'Agglomération de Fribourg à la Confédération en tant que projet d'agglomération de 2<sup>ème</sup> génération est validée.

**Art. 4**

Communication :

- a) à la Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions, pour elle, et le Service des constructions et de l'aménagement, le Service des ponts et chaussées, la Section lacs et cours d'eau, le Service de l'environnement, le Bureau de la protection de la nature et du paysage, le Service de la mobilité, l'Office fédéral du développement territorial (8 ex.) ;
- b) à la Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, pour elle, et le Service de l'agriculture, le Service des forêts et de la faune, le service des communes (4 ex.) ;
- c) à la Direction de l'économie et de l'emploi, pour elle, et la Promotion économique (2 ex.) ;
- d) à la Direction de l'instruction, de la culture et des sports, pour elle, le Service des biens culturels et le Service d'archéologie de l'Etat de Fribourg (3 ex.) ;
- e) aux autres Directions (3 ex.) ;
- f) à l'Agglomération de Fribourg, Bd de Pérolles 2, 1700 Fribourg, pour elle, et aux communes concernées (11 ex.) ;
- g) à la Préfecture de la Sarine, Grand-Rue 51, CP 96, 1702 Fribourg (1 ex.) ;
- h) à la Préfecture de la Singine, Kirchweg 1, Postfach 12, 1712 Tafers (1 ex.) ;
- i) à la Chancellerie d'Etat (2 ex.).



Extrait du procès-verbal de la  
séance du **19 MARS 2012**

Certifié conforme,  
LA CHANCELIERE D'ÉTAT:

Référence

12\_12\_013